

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bezugspreis:
Monatlich 30 Pf., vierteljährlich 1,00 M., halbjährlich 1,80 M., jährlich 3,20 M. (Postgebühren eingeschlossen).
Einzelhefte 10 Pf.
Für den Auslandbezug sind die Postgebühren zu zahlen.
Die Abnahme von 100 Exemplaren und darüber wird nach Vereinbarung.

Anzeigenpreis:
Die Zeilenpreise sind nachfolgende:
1. Zeile 1. Tag 1,00 M., 2. Tag 0,80 M., 3. Tag 0,60 M., 4. Tag 0,50 M., 5. Tag 0,40 M., 6. Tag 0,30 M., 7. Tag 0,20 M., 8. Tag 0,15 M., 9. Tag 0,10 M., 10. Tag 0,08 M., 11. Tag 0,06 M., 12. Tag 0,05 M., 13. Tag 0,04 M., 14. Tag 0,03 M., 15. Tag 0,02 M., 16. Tag 0,01 M., 17. Tag 0,01 M., 18. Tag 0,01 M., 19. Tag 0,01 M., 20. Tag 0,01 M., 21. Tag 0,01 M., 22. Tag 0,01 M., 23. Tag 0,01 M., 24. Tag 0,01 M., 25. Tag 0,01 M., 26. Tag 0,01 M., 27. Tag 0,01 M., 28. Tag 0,01 M., 29. Tag 0,01 M., 30. Tag 0,01 M., 31. Tag 0,01 M., 32. Tag 0,01 M., 33. Tag 0,01 M., 34. Tag 0,01 M., 35. Tag 0,01 M., 36. Tag 0,01 M., 37. Tag 0,01 M., 38. Tag 0,01 M., 39. Tag 0,01 M., 40. Tag 0,01 M., 41. Tag 0,01 M., 42. Tag 0,01 M., 43. Tag 0,01 M., 44. Tag 0,01 M., 45. Tag 0,01 M., 46. Tag 0,01 M., 47. Tag 0,01 M., 48. Tag 0,01 M., 49. Tag 0,01 M., 50. Tag 0,01 M., 51. Tag 0,01 M., 52. Tag 0,01 M., 53. Tag 0,01 M., 54. Tag 0,01 M., 55. Tag 0,01 M., 56. Tag 0,01 M., 57. Tag 0,01 M., 58. Tag 0,01 M., 59. Tag 0,01 M., 60. Tag 0,01 M., 61. Tag 0,01 M., 62. Tag 0,01 M., 63. Tag 0,01 M., 64. Tag 0,01 M., 65. Tag 0,01 M., 66. Tag 0,01 M., 67. Tag 0,01 M., 68. Tag 0,01 M., 69. Tag 0,01 M., 70. Tag 0,01 M., 71. Tag 0,01 M., 72. Tag 0,01 M., 73. Tag 0,01 M., 74. Tag 0,01 M., 75. Tag 0,01 M., 76. Tag 0,01 M., 77. Tag 0,01 M., 78. Tag 0,01 M., 79. Tag 0,01 M., 80. Tag 0,01 M., 81. Tag 0,01 M., 82. Tag 0,01 M., 83. Tag 0,01 M., 84. Tag 0,01 M., 85. Tag 0,01 M., 86. Tag 0,01 M., 87. Tag 0,01 M., 88. Tag 0,01 M., 89. Tag 0,01 M., 90. Tag 0,01 M., 91. Tag 0,01 M., 92. Tag 0,01 M., 93. Tag 0,01 M., 94. Tag 0,01 M., 95. Tag 0,01 M., 96. Tag 0,01 M., 97. Tag 0,01 M., 98. Tag 0,01 M., 99. Tag 0,01 M., 100. Tag 0,01 M.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moravian 15195-87
Expedition Moravian 11753-51

Dienstag, den 7. Februar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moravian 11753 54

Noch kein Ende der Streiks.

Im Eisenbahnerstreik geht es jetzt um die Frage der Maßregelungen. Die Reichsgewerkschaft will nicht abblafen, solange nicht Straffreiheit zugesichert ist, andere Beamtensategorien stützen diesen Standpunkt. Die Regierung vertritt dagegen die Auffassung, daß auf die Fortführung der schon eingeleiteten Disziplinarverfahren und auf die gerichtliche Abhandlung von Sabotageakten — die im übrigen nur selten vorgekommen sind — nicht verzichtet werden kann.

Für Personen, die sich gewalttätige Beschädigungen oder Verletzungsanliegen zuschulden kommen lassen, wird sich niemand mit Begeisterung einsetzen. Es bleibt also die Frage der eingeleiteten Disziplinarverfahren, deren Zahl gering ist. Die Angelegenheit hat nicht die Bedeutung, daß ihre weitere eine fortdauernde schwere Schädigung der Gesamtwirtschaft zu verantworten wäre. Es ist daher zu hoffen, daß es auch hierüber zu einer Verständigung kommen wird.

Im Streik der Berliner Gemeinde- und Staatsarbeiter ist bis heute mittag keine Aenderung eingetreten. Im Laufe des Vormittags trat eine Obiente-konferenz der Funktionäre zusammen, um Stellung zu nehmen zu der Aufforderung der Gewerkschaften, sofort die Arbeit wieder aufzunehmen.

In maßgebenden Kreisen der Stadtverwaltung hofft man, daß um 2 Uhr die Arbeit wieder aufgenommen werden wird. Allerdings befürchtet man, daß große Teile der Arbeiterschaft, insbesondere die Gasarbeiter, nicht gewillt sind, bedingungslos der Aufforderung des Magistrats Folge zu leisten. Dieser ist entschlossen, unter allen Umständen festzuhalten an dem Entschluß, diejenigen Streikenden als entlassen zu betrachten, die bis um 2 Uhr die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben. Auf ein Entgegenkommen kann höchstens da gerechnet werden, wo eine rechtzeitige Benachrichtigung der Streikenden nicht möglich war. Auf den Arbeitsnachweisen und bei der Erwerbslosenfürsorge sind alle Maßnahmen getroffen, um die freibleibenden Stellen baldmöglichst besetzen zu können. Mit jeder Stunde, um die also ein Streikender die Wiederaufnahme der Arbeit hinauszieht, wächst für ihn die Gefahr der Arbeitslosigkeit. Die Zentralstreikleitung hat ausgerechnet zu heute nachmittags 2 Uhr große Kundgebungen veranstaltet. Man kann dahinter nur die Absicht erblicken, die Wiederaufnahme der Arbeit zu hintertreiben.

Selbst, wenn heute mittag um 2 Uhr der Betrieb wieder aufgenommen wird, kann nicht damit gerechnet werden, daß der Straßenbahnverkehr im Laufe des heutigen Nachmittags einsetzt. Die Gleisanlagen sind derart verschneit und vereist, daß es eine geraume Zeit erfordert, sie betriebsfähig zu machen.

Warum und weshalb?

Die streikenden Arbeiter und Angestellten der Stadt Berlin haben zwar das Gefühl, als kämpften sie gegen erhebliche Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen, doch wissen sie bis zur Stunde immer noch nicht, warum und weshalb sie denn eigentlich streiken, weshalb sie den neuen Schiedsspruch mißachteten. Wir bemühten uns gestern bereits, aus den Streikenden herauszubekommen, um was es sich ihrer Meinung nach dreht, und veröffentlichten die uns angegebenen Beschwerdepunkte, die sich in der Hauptsache jedoch gegen den ersten, durch den Schiedsspruch im Reichsarbeitsministerium überholten Spruch des Einigungsausschusses beim Magistrat wandern.

Heute früh brachten wir eine Erklärung der Streikleitung, die ebenfalls von den Gasarbeitern herrührt. Darin wird lediglich wiederholt, was bereits gestern abend im „Vorwärts“ als Streikpunkte angegeben war. Als Hauptmoment wird die Vertragsdauer angegeben. Die Befürchtung, als ob der Urlaub dadurch beeinträchtigt würde, ist, wie bereits erwähnt, hinfällig, da in der bisherigen Urlaubsregelung keine Aenderung eintreten wird. Auch die weitere Befürchtung, daß der städtische durch den Reichsmantelvertrag ersetzt werden soll, ist augenblicklich gegenstandslos.

Streikleitung, Ortsverwaltung des Staats- und Gemeindearbeiterverbandes und Tarifratell wollen jedoch Klärung geben. Hier wird die Frage der nicht städtischen Arbeiter in den Vordergrund geschoben, die den Streikenden in den Gaswerken und anderen Betrieben als ziemlich nebensächlich erscheint, dagegen die Frage der Vertragsdauer als von minderer Bedeutung bezeichnet wird, die nach den Erklärungen des Magistrats über die Fortdauer der bisherigen Urlaubsverhältnisse bis zur Bedeutungslosigkeit zusammenschrumpft. Trotz dieser „Klärung“ bleibt die Frage offen, warum und weshalb, bleibt die Tatsache, daß die Streikenden das nicht wissen.

Der Aufruf des ZDA, der von fünf der beteiligten Organisationen bzw. deren Vertreter mitunterzeichnet ist, versichert den städtischen Arbeitern und Angestellten, daß kein Streik-

Aufruf des ZDA!

Der Streik der städtischen Arbeiter und Angestellten konnte von unserer Organisation nicht gebilligt werden, weil ein Streikziel fehlt. Das Ergebnis der Verhandlungen des 2er Ausschusses war die Grundlage für die Abstimmung über den Streik. Diese Grundlage stimmt mit dem Spruch des Schiedsgerichts im Arbeitsministerium vom 3. Februar 1922. Ueber den Inhalt dieses Spruches sind die städtischen Arbeiter und Angestellten nicht aufgeklärt worden. Dieser Spruch brachte den Arbeitern und Angestellten die Aufrechterhaltung der im bisherigen Mantelvertrag enthaltenen Rechte bis 30. Juni 1922. Er sah ferner vor, daß der Urlaub für das ganze Jahr nicht verschlechtert wird und verpflichtete den Magistrat, über die Fortdauer des Mantelvertrages über den 30. Juni hinaus spätestens am 1. März in neue Verhandlungen zu treten. Der Inhalt dieses neuen Spruches hätte der Belegschaft zur Kenntnisnahme bekanntgegeben werden müssen. Das ist nicht geschehen. Vielmehr sind die Arbeiter und Angestellten über den Inhalt dieses Spruches abfällig im unklaren gelassen worden. Nur so erklärt sich die Tatsache des ausgebrochenen Streiks. Wir haben als Organisation die Verpflichtung, derartige Willkürlichkeiten einiger unverantwortlicher Personen auf das entschiedenste zu bekämpfen und können infolgedessen unseren Mitgliedern nur dringend raten, entsprechend den neuen Vereinbarungen zwischen dem Magistrat und den Gewerkschaften die Arbeit in den Betrieben sofort wieder aufzunehmen, damit weiterer Schaden für unsere Mitglieder abgewendet wird.

Weitere Auskunft erteilt das Verbandsbureau, Fachgruppe Gemeinde, Zentralverband der Angestellten. (Ortsgruppe Berlin.)

objekt vorhanden ist. Die noch bestehenden Differenzen werden als so geringfügig bezeichnet, daß sie den Streik nicht rechtfertigen. Maßregelungen finden nicht statt. Die bisherige Urlaubsregelung bleibt. Also: warum und weshalb?

Ein Streik, der so sehr jedweden konkreten Ziele entbehrt, der in solcher Weise übers Anle gebrochen wurde, ist unberechtigt und muß in sich zusammendrehen. Die Leidenschaften können zwar noch kurze Zeit aufgepeitscht, doch die Frage kann nicht beantwortet werden: warum und weshalb dieser Streik? Eine klipp und klare Antwort kann darauf nicht gegeben werden, darum Schluß damit, je eher je besser.

Die Verhütung des Hochbahnerstreiks.

Die Hochbahner hatten bereits vor einigen Tagen die Lohnstreikigkeiten mit ihrer Direktion geregelt und setzten den Bemühungen von außen, einen Sympathiestreik zu inszenieren, energischen Widerstand entgegen. Daraufhin traten am Montag vormittag die Funktionäre der Hochbahner zusammen und beschloßen, den Betrieb so lange lahmzulegen, bis die Verordnungen des Reichspräsidenten und des Polizeipräsidenten zurückgezogen seien. Der Direktion der Hoch- und Untergrundbahn wurde von den Funktionären mitgeteilt, daß der Verkehr um 12 Uhr mittags lahmgelegt werde. Daraufhin frag man beim Transportarbeiterverband an, ob die Funktionäre zu einer so einschneidenden Maßnahme berechtigt seien. Der Transportarbeiterverband entsandte sofort einen seiner Vertreter, der den Beschluß der Funktionären für unzulässig erklärte und den Betriebsrat veranlaßte, die Hochbahner in geheimer Abstimmung über einen Sympathiestreik selbst entscheiden zu lassen. Die Abstimmung ergab dann auch, daß die Hochbahner mit 1224 gegen 604 Stimmen einen Streik ablehnten.

Der Streik vor dem Reichstag.

Der Reichshaushaltsausschuß wollte heute in der Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums fortfahren. Der Vertreter des Zentrums erhob dagegen Widerspruch, weil diejenigen seiner Abgeordneten, die an dieser Beratung besonderes Interesse haben, noch nicht anwesend sind. Den Bedenken mußte Rechnung getragen werden. Der Vertreter der Unabhängigen, Dr. Rosenfeld, beantragte, in die Beratung über die Streikverordnung einzutreten und hielt es auch für notwendig, daß die ganze Frage des Eisenbahnerstreiks erörtert wird. Es wurde ihm bedeutet, daß an dieser Verhandlung dann der Reichskanzler und der Reichsverkehrsminister teilnehmen müßten, denn die anwesenden Vertreter des Reichsarbeitsministeriums hätten mit dem Streik ja direkt nichts zu tun. Reichskanzler und Reichsverkehrsminister wären aber zurzeit verhindert, da sie an einer wichtigen Sitzung der Parteiführer teilnehmen. Außerdem sei es in Aussicht, daß der Reichstag am Nachmittag zum Eisenbahnerstreik Stellung nimmt. Rosenfeld bestand trotzdem auf seinem Verlangen. Der Antrag Rosenfeld mußte selbstverständlich abgelehnt werden.

Es verliert nur noch hervorgehoben zu werden, daß Rosenfeld auch in dieser Frage recht schnell umgelernt hat, denn kurz vor der Sitzung hat er noch zum Ausdruck gebracht, daß eine Besprechung über den Streik in Abwesenheit des Reichs-

kanzlers keinen Zweck hat. Rosenfeld sah selbstverständlich aus rein agitatorischen Gründen die ganze Schuld am Streik auf Seiten der Regierung.

Sitzung der Reichstagsfraktion.

Die für heute nachmittags 2 Uhr angelegte Reichstagsfraktion mußte vertagt werden, da die erforderliche Zahl von Abgeordneten nicht eingetroffen war. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion tritt am Nachmittag zu einer Sitzung zusammen.

Der Eisenbahnerstreik.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst meldet: Die Streiklage hat im Laufe des heutigen Vormittags eine wesentliche Verschärfung erfahren. Noch in der Nacht vom Montag zum Dienstag tagte die Reichsgewerkschaft mit fünf Unterorganisationen des Deutschen Beamtenbundes, und zwar: dem Bund der Verwaltungsbeamten, der Sozialen Arbeitsgemeinschaft, dem Reichsverband der Unteren Postbeamten, dem Justizbeamtenbund und dem Reichsverband der Schutzpolizei, um über die Streiklage zu beraten. Inzwischen lehrte die Delegation zurück, die zum Reichsverkehrsministerium entsandt worden war, um nähere Auskünfte über die Auslegung der dem Reichsverkehrsminister in Angelegenheit der Maßregelungen gegebenen Vollmachten einzuholen. Die Erregung darüber, daß das Reichsabinett einstimmig beschlossen hat, die Angelegenheit der Maßregelungen dem freien Ermessen des Reichsverkehrsministers zu überlassen, steigerte sich zur Entrüstung, als die Delegierten die Mitteilung machten, daß sie vom Reichsverkehrsminister nicht empfangen worden sind. Diese Tatsache veranlaßte die Reichsgewerkschaft zu dem einstimmigen Beschluß, den Streik fortzusetzen. Die übrigen vier erwähnten Vereinigungen gaben Erklärungen ab, nach denen sie bereit sind, auf Grund des Verbots des Reichsverkehrsministers gleichfalls in den Streik einzutreten. Auch die Vertreter des Reichsverbandes der Schutzpolizeibeamten erklärten ähnliches, vereinbarten jedoch später, aus Gründen der Ruhe und Sicherheit mit der Reichsgewerkschaft, daß die Schutzpolizei nicht in den Streik tritt, sondern ihre Sympathie erklärt und den Streik nach wie vor weiter unterstützt. Die Verhandlungen der genannten Organisationen dauerten die ganze Nacht und am heutigen Vormittag an. Zurzeit togen die Organisationen, um eine endgültige Schlußfassung über den Eintritt in den Streik herbeizuführen.

Die vormittags 10 Uhr zusammengetretene Konferenz der Parteiführer mit dem Reichskanzler führte zu keiner Verständigung, da die bürgerlichen Parteien daran festhalten, daß Maßregelungen erfolgen müssen. Die bürgerlichen Parteien fordern, daß die Sabotageakte gerichtlich verfolgt und Disziplinarverfahren gegen einzelne maßgebende Führer eingeleitet werden.

Aus dem amtlichen Bodebericht im Eisenbahnerstreik geht hervor, daß ein nennenswerter Rückgang nicht zu verzeichnen ist. Dagegen häufen sich die Nachrichten, nach denen sich auch Lokalorganisationen des DGB dem Streik anschließen. In Thale und Ostermühlberg haben sich die Beamten dem Streik angeschlossen. In Baden ist auch das Schiffsmaschinenpersonal in den Ausstand getreten. Auch auf das bisher ruhige Württemberg scheint sich das Streikfever auszudehnen. Aus Stuttgart wird gemeldet, daß sich im Lokomotivpersonal eine erregte Stimmung bemerkbar macht. Man verlangt sofortige Verhandlungen mit der Reichsgewerkschaft und Schutz der Streikenden vor jeder Maßregelung.

Ueber Sabotageakte und Gewalttaten wird im allgemeinen nicht geklagt. Lediglich auf den Bahnhöfen Grunewald, Charlottenburg, Schlesischer Bahnhof, Warschauer Brücke verhindern nach dem amtlichen Bericht Streikposten den Zutritt der Arbeitswilligen zu den Dienststellen.

Der Streik in Potsdam abgelehnt.

In der gestrigen Funktionärversammlung, der sämtliche Betriebsräte und Parteileiter beiwohnten, wurde die beabsichtigte Stilllegung der Wasser-, Elektrizitäts- und Gaswerke abgelehnt. Es wurde eine Protestresolution gegen die Verordnung des Reichspräsidenten und des Polizeipräsidenten gefaßt. In der Resolution wurde der Reichspräsident aufgefordert, dahin zu wirken, den Streik auf gültigem Wege beizulegen.

Berliner Telegraphenarbeiter!

Auf Anordnung des Reichspostministeriums sind die unter Bruch des Tarifvertrages und unter Mißbilligung ihrer Gewerkschaftsleitung in den Streik eingetretenen Berliner Telegraphenarbeiter von den vorgehenden Vertretern aufgefordert worden, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Wer der Aufforderung bis Donnerstag früh nicht Folge leistet, hat sich als entlassen zu betrachten.

Rathenau und Volkspartei.

In den „Deutschen Stimmen“ bespricht Stresemann die Lage, die durch die Ernennung Rathenaus und den Rücktritt seiner Partei vom Steuerkompromiß entstanden ist. Er meint, Folge des Steuerkompromisses hätte eine Erneuerung des Gesamtkabinetts sein müssen, und dieser durch Rathenaus Ernennung vorzugreifen, sei nicht loyal gewesen. Er schreibt dann weiter:

Das bisherige Vorgehen der Reichsregierung läßt die Befürchtung offen, daß man zwar die Stimmen der Deutschen Volkspartei zum Steuerkompromiß gern entgegennimmt, im übrigen aber, sobald das Steuerkompromiß beendet ist, den Röhr, der seine Schädlichkeit getan hat, beiseite schiebt und diejenige Linkspolitik in Deutschland inauguriert, die in den letzten Zeiten bereits bei sozialdemokratischen Kabinettsministern in entscheidenden Fragen vertreten wurde. Die Fraktion hat ihrerseits eine positive Mitarbeit bei dem Steuerkompromiß geleistet, die von allen Seiten anerkannt worden ist. Wenn demgegenüber sozialdemokratische Blätter den Reichsfanzler einfordern, um auf demselben einseitigen Wege auch einen der Linken genehmen Reichsfinanzminister oder Wiederaufbauminister zu ernennen, so wäre damit für die Deutsche Volkspartei die Pflicht der politischen Opposition gegeben.

Damit ist ziemlich klar gegeben, daß die Volkspartei bei ihrer Beteiligung an den Steuerverhandlungen den Zweck verfolgt hat, das Gesamtministerium „zu erneuern“, d. h. zu stützen und eine Veränderung des gesamten politischen Kurses herbeizuführen. Da dieser Zweck nicht erreicht wurde, wird Rückkehr zur Opposition angekündigt.

Ein Brief von Stinnes.

Der sonst vorzüglich unterrichtete Londoner Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ hatte behauptet, Stinnes habe bei seiner Londoner Reise eine Privatvisierung der deutschen Bahnen unter englischer Beteiligung angestrebt. Stinnes, der dies schon durch seine Blätter energisch in Abrede stellte, hat jetzt an die „Frankf. Ztg.“ einen offenen Brief gerichtet, in dem er ihre Angaben nochmals als falsch bezeichnet. Für die Gesprächs, die in London geführt wurden, sei Vertraulichkeit vereinbart worden, die er auch halten wolle. Stinnes führt dann weiter aus:

Mit den Methoden und Wegen des Herrn Rathenau ist die Mehrheit des deutschen Wirtschaftslebens von jeder nicht einverstanden gewesen. Daß die deutsche Wirtschaft aber urteilslos war und ist, wird niemand behaupten, denn nur die deutsche Wirtschaft ist bis jetzt nicht in den allgemeinen Zusammenbruch hineingezogen worden.

Die Frage der Ernennung dieser Persönlichkeit tritt zurzeit ganz hinter die Frage zurück, wie man es als zulässig erachten konnte, daß entgegen den getroffenen Vereinbarungen (!?) am Status des jetzigen Kabinetts überhaupt etwas geändert werden konnte.

Unser politisches Leben zeichnet sich durch einen absoluten Mangel an persönlichem Vertrauen aus. Wie soll das anders werden, wenn Abmachungen mit leitenden Personen gebrochen oder umgangen werden?

Die Regierung auf verbreiteter Grundlage wird trotz allem kommen, weil das Ausland darauf halten muß, auch diskontinuierliche Unterschriften unter dem nächsten wirklichen Friedensschluß zu haben. Sie konnte nicht kommen, solange die Regierung Wirth und ihr geistiger Leiter Rathenau nicht für sich allein die Leistungs- und Zahlungsfähigkeit des Reichs erklärt hatten.

Der Brief des Herrn Stinnes atmet ein starkes Selbstvertrauen. Nach seiner Meinung sind deutsche Unterschriften nicht diskontinuierlich, solange seine Gegenzeichnung fehlt. Im übrigen ist es interessant, daß die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die den Brief ihres Geblätters an leitender Stelle abdruckt, genötigt ist, gegen eine Bemerkung des „Matin“ zu polemisieren, Stinnes habe die neuen Streiks entsetzt, um die deutschen Arbeiter zu spalten. Auch wir halten diese Nachricht für falsch. Allerdings, wenn man nach dem Untersuchungsprinzip des „Wem nützt es?“ den Urheber des Streiks suchen geht, dann liegt es nahe, auf Stinnes zu raten. Denn die Eisenbahner und Gemeindegewerkschaften streifen tatsächlich, wenn auch natürlich unbewußt, zu Ehre und Nutzen des Privatkapitals.

Frankreichs Wahn.

Zu der unter dieser Ueberschrift in unserer Sonntagsausgabe erschienenen Notiz, die sich an der Hand der vom Pariser „Journal“ gemachten Angaben mit der Höhe der gesamten Schuldenlast und der jährlichen Zinslast befaßte, die Frankreich, England und Amerika gegenüber vorläufig nur theoretisch, morgen aber vielleicht tatsächlich zu tragen hat, sendet uns der Reichstagsabgeordnete Dr. Dernburg folgende beachtenswerte Zuschrift:

In dem Aufsatz der heutigen Nummer mit dem Titel „Frankreichs Wahn“ sind einige bemerkenswerte Irrtümer — in denen sich offenbar die Franzosen noch wiegen —, die richtigzustellen nöthig ist:

Die Vereinigten Staaten verlangen die Verzinsung der französischen und englischen Schulden mit 4½ Prozent, die Tilgung binnen 25 Jahren. Die rechnermäßige Annuität ist daher 6,75 Prozent.

Wenn England seine Schulden an Amerika zu berichtigen hat, so folgt, daß es auch seine Forderungen an Frankreich geltend machen muß.

Frankreich schuldet am 10. Juni 1921 an Amerika: 3 634 762 938 Dollar (= Frankreich schuldet am 31. März 1921 an England: 657 639 507 Pfund Sterling). Das ist zusammen: 26,63 Milliarden Goldmark. Die jährliche Annuität hierauf ist 1,797 Milliarden, d. h. jährlich runde 1 Milliarde 800 Millionen Goldmark.

Das ergibt nach dem Ansatze (heutige Kurse) rund 5 Milliarden Frank heutiger Währung jährlich.

Daraus ergibt sich, daß Frankreich seine gewaltige Rüstung gegen England und Amerika aus dem Grunde bestreitet, das es beiden Ländern schuldig bleibt.

Dr. Dernburg, M. D. R.

Frankreichs Bedingungen für Genoa.

London, 7. Februar. (E.P.) Die französische Note über die Konferenz von Genoa kam gestern in London an und wurde in Abwesenheit des französischen Botschafters vom Botschaftsrat Montille dem englischen Außenamt überreicht. Die Note zählt die Bedingungen auf, unter denen Deutschland und Rußland zu der Konferenz zugelassen werden sollen. Sie fordert außerdem, daß keinerlei Fragen des Versailler Vertrages oder des Reparationsproblems auf der Konferenz zur Besprechung kommen sollen.

*) Die Riffen finden sich bei Regnes: A Revision of the Treaty. S. 219/220.

Konferenzschluß in Washington.

Washington, 7. Februar. (W.B.) Die letzte Sitzung der Abrüstungskonferenz wurde gestern vormittag eröffnet. Staatssekretär Hughes teilte mit, daß das Schantungabkommen vom Sonnabend unterzeichnet wurde. Hierauf wurde der Marinervertrag einschließlich der Resolution über die Unterseeboote und Giftgase, der Neunmächtevertrag über China, der Vertrag über die chinesischen Zölle und der Zusatzvertrag, in dem erklärt wird, daß das Viermächteabkommen sich nicht auf die eigentlichen japanischen Inseln bezieht, zur Unterzeichnung vorgelegt.

Alsdann erschien Präsident Harding, mit lebhaftem Beifall begrüßt, im Saal und hielt eine Ansprache, in der er den Delegierten seine Glückwünsche zu der vollbrachten Arbeit aussprach und unter anderem noch sagte: Die heute feierlich übernommenen Verpflichtungen bezeichnen den Anbruch einer neuen, besseren Ära und einen Fortschritt der Menschheit. Allzu oft haben die Jahrzehnte, die derartigen Konferenzen folgten, gezeigt, wie schwierig es ist, die getroffenen Entscheidungen auszuführen. Aber ihr Wert ist ersten Ranges, weil kein Keim zur Zwietracht darin gesät wird. Die Welt ist noch nicht im Gleichgewicht, aber hier ist ein Einvernehmen erzielt und der Krieg ist im Angesicht der Zivilisation verurteilt worden. Diejenigen unter uns, die noch zehn Jahre und länger leben bleiben, werden wahrscheinlich sehen, daß eine durch die gemachten Erfahrungen gestärkte öffentliche Meinung die Nationen in dem Wunsche bestärkt wird, sich dem göttlichen Willen zu fügen, anstatt sich mit Krieg und Zerstörungsmitteln zu beschäftigen.

Der Präsident sprach noch die Hoffnung aus, daß die Washingtoner Konferenz eine Reihe weiterer Konferenzen zeitigen werde. Hierauf schloß Staatssekretär Hughes 11¼ Uhr die Konferenz.

Auslandsrundschau.

Poincaré hat den französischen Botschafter in London nach Paris berufen.

Die Rheinlandkommission hat Vorträge des Admirals Scheer über seine Kriegserinnerungen verboten. (Scheer bekämpfte bekanntlich die Dolchstoßlegende.)

Bundespräsident Hainisch bittet in einem Schreiben den König von England um Hilfe für Deutschösterreich.

Die polnische Regierung hat auf Ersuchen des Völkerbundes die Vertreibung mehrerer deutscher Familien bis zum 1. Mai 1922 verboten, auch die Liquidation der Besitzung des verstorbenen Hatalisten v. Tiedemann.

Berlins Verkehrsnot.

Leitbetrieb in den Werken.

Berlin leidet weiter unter der teilweise Stilllegung seines Verkehrs. Die Hochbahn hat ein bestimmtes System für die Anwärter auf eine Fahrt eingeführt, das sich im allgemeinen zu bewähren scheint und nach halbständigen Worten ein Mitkommen unter Umständen garantiert. Die Bahnhöfe werden von Zeit zu Zeit mit Hilfe der Schuttpolizei gesperrt und die Fahrgäste nur in Trupps auf den Perron gelassen. Natürlich muß auch das in den Hauptzeiten des Berufsverkehrs verfallen. Die Autoomnibusse sind schon an ihren Ausgangspunkten überfüllt und müssen bei einigen Linien die Haltestellen überfahren, ohne Fahrgäste mitnehmen zu können. So bleibt für die meisten nichts anderes übrig, statt fruchtlosen Warten auf eine Verkehrsmöglichkeit den Weg zur Arbeit zu Fuß zurückzulegen.

Wasser und Elektrizität durchströmen wieder in halbwegs gesicherter Regelmäßigkeit die Leitungen. Mit den letzten Resten der Gasvorräte sind in einigen Stadtgebieten noch die oberen Stadwerke versorgt. Aber lange wird die kümmerliche Gasflamme auch hier nicht wahren, da die Gaswerke nur durch volle Arbeitstätigkeit ausreichend liefern können.

Die Notstandsmaßnahmen.

Nachdem als dringendste die Groß-Berliner Wasserversorgung sichergestellt worden ist, nahm die Technische Rothilfe auch einen Teil der Elektrizitätswerke in Betrieb. In Rummersburg wird bereits seit gestern nach Erledigung der Vorarbeiten Strom abgegeben. Die Leitung wird dauernd gesteigert, um die vollständige Notversorgung zu erreichen. Im Elektrizitätswerk Roabit wird gleichfalls Strom im steigenden Umfange erzeugt. Damit ist ein Teil der kompliziertesten städtischen Werke in Gang gebracht worden. Ueber den Einsatz der Rothilfe zur Unterstützung der Eisenbahndirektionen im Reich wird ferner mitgeteilt: Die Technische Rothilfe hat nach dem Stande von heute morgen den Eisenbahndirektionen im ganzen Reich an technischen Fachkräften zur Verfügung gestellt: Führerpersonal für rund 1000 Züge, 1200 Mann Betriebspersonal und weit über 5000 Mann Personal für die Aufrechterhaltung der Betriebswerkstätten, Stellwerke, Weichenanlagen und sonstige Hilfsarbeiten.

Entgegen einer alarmierenden TL-Nachricht aus Leipzig, daß die Arbeiter des Fernkraftwerks Golpa-Zschernowitz, das einen Teil Berlins mit Strom versorgt, in den Zustand getreten seien, wird uns vom Nachrichtenamt des Berliner Magistrats mitgeteilt, daß für die Notstandarbeiten in Berlin nach wie vor täglich 3000 Kilowatt nach Berlin geliefert werden.

Auf den Vorortstrecken.

Im Berliner Vorortverkehr sind mehr als 100 Züge abgefahren und abgefertigt worden. Nach Königs Wusterhausen fuhren 10 Züge, nach Erkner 16, nach Kaulsdorf 12, nach Bernau 5, nach Oranienburg 3, nach Strausberg 7, nach Grünau 8, zwischen Charlottenburg und Potsdam 8, zwischen Potsdam und Werder 6, nach Wannsee 10 und nach Jossen 6 sowie nach Stahnsdorf 4 Züge nach beiden Richtungen.

Der Herr „Vollstreckungskommissar“.

Die Millionenschwindereien eines Geisteskranken.

Ein berüchtigter falscher „Leitungsrevolver“ Paul Wichmann, der nach seinem Entweichen aus der Irrenanstalt von neuem große Schwindereien verübte, bis er jetzt in seinem Schlafwinkel in der Uhlandstraße wieder festgenommen wurde, kommt nunmehr mit einer merkwürdigen Erklärung für seine Beutezüge, die ihm Millionen einbrachten.

Wichmann behauptet, daß er alle seine Schwindereien und Diebereien nicht aus eigenem Antrieb und für seine eigene Tasche oktrübe habe, sondern im Auftrag des „Bundes der Rehemisten“, dem er seit 13 Jahren angehört und der ihn zum „Vollstreckungskommissar“ bestellt habe. Dieser Bund bezwecke nämlich, den reichen Leuten „Weid abzuzapfen“, um es weniger Bemittelten zuzustellen. Der „Rehemistenbund“ habe ihm auch eine Zuschrift an den Namen „Sprenger, Kommissar des Reichsausgleichsamtes“, besorgt, zugleich mit Adressen von Leuten, die er habe aufzufinden und bei denen er Geld und Wertgegenstände „beschlagnahmen“ müsse. Als „Reichskommissar Sprenger“ nahm er u. a., wie er einräumt, einer Dame in Stettin für 100 000 Mark Schmuckstücke ab, mit der Behauptung, daß diese in Berlin „dem Zugriff des Finanzministeriums“ entzogen seien. Bei einer Witwe in der Mohrstraße „beschlagnahmte“ er für 50 000 Mark

Schmuckstücke. Als die Frau dem Reichskommissar nicht traute, nahm er sie selbst mit, angeblich, um sie nach dem Polizeipräsidium zu bringen. Statt dessen führte er sie aber in das Amtsgericht Berlin-Mitte, ging dort, während sie auf dem Flur warten mußte, in ein Zimmer hinein und verschwand durch ein anderes. Mit dieser Beute fuhr der Gauner nach Köln, wo er die Schmuckstücke für 110 000 Mark verkaufte. So reiste Wichmann auch nach Hamm, Düsseldorf, Mannheim, Frankfurt am Main, Leipzig und Dresden. Was er dort alles getrieben hat, bedarf noch der weiteren Untersuchung. Von den 110 000 Mark, die er von Köln erhielt, will er 50 000 Mark an seinen Bund abgeliefert haben. Wer in Berlin oder in der Provinz und im Reich über das Treiben des gefährlichen Menschen irgendwelche Auskunft geben kann, wird ersucht, sich an die Dienststelle A 4 des Berliner Polizeipräsidiums zu wenden.

Die Straßenreinigungspflicht der Hausbesitzer.

Der Streik der Straßenreiner verursacht viele Hausbesitzer, sich einer Bequemlichkeit hinzugeben, die für die Fußgänger leicht schwere Schäden haben kann. Wenn auch die Straße nicht gereinigt wird, so ist der Hausbesitzer doch verpflichtet, vor seiner eigenen Türe zu kehren oder kehren zu lassen. Es muß dafür gesorgt werden, daß auf den Fußsteigen der Schnee losgestoßen und auf den Fahrdamm gefegt wird. Das ist aber fast nirgends in Berlin geschehen. Höchstens ist hin und wieder mal der Inhalt der Müllimer auf den Fußsteig geleert worden. Den Hausbesitzern ist aber auf jeden Fall dringend zu raten, ihren Pflichten nachzukommen, zunächst im eigenen Interesse, weil sie für allen entstehenden Schaden haftbar sind, dann aber auch, weil auf den ungeäuberten Straßen die Kriegsbeschädigten und alten Leute, die immerhin noch am schwersten unter der Ungunst der Verhältnisse leiden, überhaupt nicht verkehren können.

Eine japanische Hunderttausend-Mark-Spende für Berlin. Heute vormittag erschien der japanische Gesandte beim Oberbürgermeister Böck, und übergab ihm einen Scheck über 100 000 Mark zur Verwendung für die Stadt Berlin.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

70. Wkt. Müllersdorf. Zahlend bei Pieper, Hoffmeier, Göt. u. Kewer wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Mitgliedschaft.

71. Wkt. Schwanenbach. Mittwoch den 8. Februar, um 7¼ Uhr im Schwanenbach Mitgliederversammlung und Zahlend.

Gewerkschaftsbewegung

Reichs- und Staatsarbeiter.

Die im Deutschen Transportarbeiterverband organisierten Reichs- und Staatsarbeiter nahmen in einer Versammlung im Gewerkschaftshaus am Freitag zu den Lohnverhandlungen der Spähenorganisationen mit der Reichsregierung Stellung. In einem ausführlichen Referat ging Scherf vom Deutschen Verkehrsverband aus, die durch das eigenartige Verhalten der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner geschaffene Situation ein. Die Gründe für das „separate Vorgehen“ der Reichsgewerkschaft liegen tiefer und entspringen agitatorischen und egoistischen Motiven, worüber die freigewerkschaftlichen Mitglieder gar nicht unterrichtet sind. Auch die Regierung trifft ein groß Teil Schuld; sie habe durch ihr Verhalten bei den Verhandlungen die Arbeiter und Beamten geradezu provoziert, und nun ihr die Dinge über den Kopf gemachsen sind, habe sie sich endlich zu Zugeständnissen bereit erklärt. Durch die Verordnung des Reichspräsidenten und des Berliner Polizeipräsidenten habe die gesamte organisierte Arbeiterschaft erst den Kampf der Reichsgewerkschaft auch zu dem ihrigen gemacht. Es müsse daher für die schnellste Aufhebung der Verordnungen gesorgt werden.

In der darauffolgenden Diskussion, die zeitweise einen recht heftigen Verlauf nahm, protestierten sämtliche Redner gegen die feinerzeit gemachten Zugeständnisse von 75 Pf. resp. 50 Pf. pro Stunde ab 1. Januar 1922.

Nachdem noch Kallentathin von der Reichsabteilung Post und Telegraphie eine mit großem Interesse verfolgte Erklärung über die wahren Ursachen des Streiks der Reichsgewerkschaft abgegeben hatte, wurde eine Entschließung angenommen, wonach die Versammelten von dem schleppenden Gang der Verhandlungen enttäuscht Kenntnis nehmen und das geringe Entgegenkommen der Regierung verurteilen.

Die jetzt einsehende Erhöhung des Brotpreises und der Forderung mit ihren Folgerendungen bringt die Lohnempfänger in die schwierige Lage, sich und ihre Familien nicht mehr ausreichend ernähren zu können. Die Versammelten fordern daher von der Organisationsleitung, mit allen Mitteln für eine bessere Ernährung in den Reichs- und Staatsbetrieben einzutreten.

Betriebsräte! Betriebsobleute!

Nur noch eine Woche trennt uns von dem neuen Unterrichtsabschnitt der Betriebsräte, der am 13. Februar 1922 beginnt. Die Betriebsräte und Betriebsobleute fordern wir daher auf, die Kollegenschaft in den Betrieben darauf hinzuwirken und Sammelbestellungen aufzunehmen. Hörerarten zum Preise von 10 Mark (für Arbeitslose unentgeltlich) und Unterrichtsvereinsbeiträge sind in der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, Abteilung Ratenschule, Engelauer 24/25, 2. Hof 1, in gemündelter Anzahl erhältlich.

Wir wenden uns an alle Arbeiter- und Angestelltenfunktionäre in den Betrieben. Als Führer ihrer Kollegen sollten sie zu allererst bemüht sein, sich die volkswirtschaftlichen, betriebswirtschaftlichen und arbeitsrechtlichen Kenntnisse anzueignen, auf Grund deren allein sie ihre Funktionen erfolgreich ausüben können. Aber es genügt nicht, daß nur sie über dieses Wissen verfügen. Der Erfolg ihrer Tätigkeit ist abhängig von dem Verständnis, das sie bei ihrer Kollegenschaft finden. Jeden einzelnen Kollegen gilt es daher auf die Notwendigkeit der eigenen Bildungsarbeit, vor allem der Wirtschaftsschulung hinzuwirken. Nur so wird eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Kollegenschaft gewährleistet sein, nur so können neue Kräfte für die Arbeiter- und Angestelltenbewegung gewonnen werden.

In jedem größeren Betrieb sollten daher Sammelbestellungen aufgenommen und dem Bureau der Schule überwiesen werden. Aber auch jeder kleinere Betrieb sollte mindestens einen Kollegen in die Schule entsenden. In Fragen der Kursauswahl wird Auskunft erteilt in dem Lehrberatungsprechstunden, die, außer während der Bureaufstunden, Montags und Freitags von 4—7 Uhr stattfinden.

Betriebsräte! Betriebsobleute! Der Größe ihrer historischen Aufgabe wird die Arbeitnehmerschaft nur durch ernsthafte Bildungsarbeit gerecht werden können. Allen Arbeitern und Angestellten rufen wir daher zu: Besucht die Betriebsräte-Schule und bewest dabei den Willen, eure Kräfte für die Ziele unserer Bewegung zu schulen!

Betriebsräte-Schule der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Berliner Privat-Telefon-Ges. Alle Geschäftsstellen haben Betriebsräte veranlassen sich am Mittwoch, den 8. Februar 1922, um 11 Uhr, „Hohenzoller Hof“, Hohenzoller Straße 11, 12.

Berlin. Für den rechts. Teil: Franz Kille, Berlin-Friedrichshagen; für den links. Teil: Stadt, Berlin, Verlag Bucher's Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 4.